

Land und Konflikt: Das Beispiel Fidschi

Andreas Holtz

Summary

The question of land in Fiji is a question of fundamental importance. Besides of its use for subsistence agriculture, land has an identity-forming function. Beyond that it is fair to say that land and specifically the economic use of land has been applied a political dimension within existing traditional control mechanisms. Should these mechanisms be violated or manipulated, conflicts arise, even more pronounced when existing power structures based on property are jeopardized and the respective life existences are at risk. Land in Fiji is politically used to maintain existing power relations. Fiji's split into native and Indo-Fijians as the two major ethnic groups is often seen as a reason for the Fijian conflict. However, land plays also a major role in this conflict which is being justified as well as fuelled by restrictive land rights. The nature of the conflict in Fiji demonstrates the economical and political relevance of land as a non-defined cultural treasure. The Indo-Fijians are considered newcomers, who should serve the old-established landowners. The article argues firstly that the difference is not so much between ethnic groups, but between landowners on the one hand, and those without land on the other. Secondly it shows that Fiji's governance structures fail to manage this conflict-prone difference.

Manuscript received on 2011-06-14, accepted on 2011-12-04

Keywords: Fiji, politics, history, land rights, conflict, racial tension, coups d'tat

1. Einleitung

Seit 2006 existiert in Fidschi keine demokratisch legitimierte Regierung mehr, nachdem das Militär unter dem Oberkommandierenden Voreqe „Frank“ Bainimarama die letzte gewählte Regierung abgesetzt hat. Dies war in der Geschichte Fidschis bereits der dritte Staatsstreich durch das Militär bzw. der vierte überhaupt. Darüber hinaus ist der Inselstaat seit Jahrzehnten tief in die beiden Volksgruppen der indigenen Fidschianer und der Indo-Fidschianer ökonomisch gespalten. Diese Spaltung spiegelte sich in einem Regierungssystem wider, das Beobachter als demokratische Fassade (Ravuvu 1995) beschrieben. Das reale Leben der Bewohner ist von hoher Arbeitslosigkeit als Folge des letzten Putsches gekennzeichnet, seit die Touristen nicht mehr im gewohnten Umfang ins Land strömen und seit der Zuckerexport eingebrochen ist. Dazu werden die Versammlungs- und Pressefreiheit beschnitten sowie vereinzelt nächtliche Ausgangssperren verhängt.

Der Hintergrund für diese Einschränkungen ist komplex; eine große Rolle spielt jedoch der Zugang zum und die Verteilung von Land. Wie auch in anderen pazifischen Staaten hat Land in Fidschi eine grundlegende Bedeutung: Es dient traditio-

nell im Rahmen von Subsistenzwirtschaft zunächst der Selbsterhaltung der dortigen Menschen. Darüber hinaus hat Land auch immer eine identitätsbildende Funktion. Land ist wegen der überdurchschnittlich stark anwachsenden pazifischen Bevölkerungen¹ und der durch die Insellagen limitierten Landflächen knapp². Schließlich bestehen in den pazifischen Staaten traditionell auf gemeinschaftliches Eigentum ausgerichtete und oftmals nur oral tradierte Landrechte, die im Gegensatz zu modernen individualisierten Eigentumsrechten stehen. Aus diesen Gründen sind Differenzen um Zugang zu Land neben ethnischen Spannungen, ökonomischen Disparitäten und einem generellen Vertrauensverlust in ineffiziente und korrupte Regierungen der bedeutendste Konfliktgrund in den pazifischen Staaten (vgl. Dinnen 2002:285). Im Folgenden soll die Rolle von Land im bestehenden fidschianischen Konflikt analysiert werden.

Es lässt sich die These aufstellen, dass Land bzw. dessen ökonomische Nutzung eine politische Funktion im Rahmen traditioneller Regelungsmechanismen hat. Werden diese Mechanismen verletzt bzw. zu verletzen versucht, kommt es zu Konflikten, die umso stärker ausgeprägt sind, wenn bestehende mit Landeigentum verbundene Machtstrukturen in Frage gestellt werden, wenn die jeweiligen Lebensgrundlagen gefährdet sind und wenn zugleich der moderne Staat nicht ausreichend interveniert. Staatliche Interventionen deuten auf staatliches *governance* hin, das dezentral lokale Identität formt, um Konflikte pragmatisch im Sinne eines gesteigerten Gesamtnutzens zumindest zu reduzieren versucht. Die Bewusstseinsbildung als Ergebnis von *governance* bietet vor allem über eine kommunikationsfördernde Bildung ein gutes Werkzeug zur Schaffung gemeinschaftlicher Identität und damit für eine kooperative Konfliktlösung. Anhand des Beispiels Fidschi zeigt sich, welche Bedeutung das nicht definierte *Kulturgut* Land ökonomisch und politisch im Pazifik hat und welche Konflikte sich daran anschließen können. Gleichsam macht Fidschi im Rahmen einer zweiten These aber deutlich, dass ein vergleichsweise schwacher staatlicher Rahmen im Sinne veralteter und/oder schwacher *governance*-Strukturen kaum zur Konfliktlösung beiträgt.

2. Zum theoretischen Zusammenhang von Land und Konflikten

In innerstaatlichen Konflikten wird Land oftmals als originärer, oder aber zumindest als konsekutiver Konfliktgrund genannt. Der Besitz von Territorium gilt als Kon-

¹ In Fidschi beträgt die Fertilitätsrate 2,61 Geburten pro Frau, was Fidschi global im oberen Mittelfeld (80 von 223) platziert. Durch die recht hohe negative Migrationsquote von -7,24/1.000 (Platz 204 von 220) vermindert sich das bereinigte Bevölkerungswachstum auf 0,798 % (Platz 135 von 231), Quelle: www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/fj.html, 3.11.2011.

² Fidschis 332 Inseln verteilen sich auf eine Landfläche von 18.333 km², was bei einer Bevölkerung von rund 883.000 Menschen einer nominalen Bevölkerungsdichte von rund 48 Menschen/km² entspricht. Zwar ist dieser Wert im globalen Vergleich eher niedrig; es muss allerdings berücksichtigt werden, dass nur 110 Inseln bewohnt sind und dass nur rund 15 % des Landes als kultivierbar gelten, was besonders die subsistenzwirtschaftliche Verteilung erschwert.

flikt, wenn mindestens zwei Parteien um diesen Besitz streiten, wenn also „ein Interessengegensatz zwischen Gegnern“ (Gantzel/Schwinghammer 1995: 20) besteht und dieser Interessengegensatz als ursächlich angesehen werden kann. Der Interessengegensatz lässt sich vor allem durch eine emotionale Verbundenheit einer Gruppe zu einem bestimmten Territorium charakterisieren, das konträr zum ökonomischen Erlös einer anderen Gruppe aus demselben steht. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, welcher ideelle Wert einem bestimmten Territorium durch betroffene Gruppen hinsichtlich der Bedeutung von Land für ihre Identität zugewiesen wird. Der reale Verlust von Land, oder auch nur der Verlust von Kontrolle über Land, wird als Bedrohung der eigenen Identität wahrgenommen, obgleich das entsprechende Territorium mitunter keinen ökonomischen Wert hat (vgl. Toft 2002/3: 84ff). Ungleiche Zugänge zu Land lassen sich mit Hilfe der *governance*-Literatur sowie über Fragestellungen im Ressourcenmanagement bearbeiten. Hier sind u. a. die Arbeiten Elinor Ostroms (1990/99, 2011: 447-458) zu nennen, die sich von der Staat-Markt-Dualität beim Problem gemeinschaftlicher Nutzung knapper natürlicher Ressourcen distanzieren und ihr die theoretische Dominanz nimmt. Demnach sind derartig konfliktive Situationen weder durch marktfokussierte Liberalisierungen noch durch einen reinen staatlichen Dirigismus zu entschärfen, sodass sich ein Gegensatz zwischen traditionellen Regelungsmechanismen und einer abstrakten staatlichen Moderne zumindest im Ansatz verringern ließe. Grundlegend sind hierbei die Lokalität und damit der Ausschluss von Externen sowie eine ausreichende Information der Beteiligten und ihr Wille, als vertrauenswürdiger Transaktionspartner zu erscheinen, was eine gegenseitige Kommunikation voraussetzt. Die Konfliktparteien betrachten die Ressource als für sich bedeutend und sind kooperationsbereit (vgl. Kevenhörster 2006: 357, Ostrom 2011: 451).

Falls eine solche Kooperationsbereitschaft jedoch nicht vorhanden ist, bedarf es einer übergeordneten Sanktionsmöglichkeit. Dies setzt zumindest ansatzweise eine gute Regierungsführung voraus. Grundsätzlich stellt sich hierbei die Frage, inwieweit die Struktur eines *governance*-Systems die Ergebnisse von *governance* beeinflusst (vgl. Jachtenfuchs 2008: 383). Dabei bezeichnet der Begriff der *governance* mögliche Formen der Regelung kollektiver Sachverhalte (vgl. ebda., Benz 2004: 25). Im Hinblick auf das Landrecht lässt sich hier von *land governance* sprechen, also von „policies, processes and institutions by which land, property and natural resources are managed. This includes decisions about access to land, land rights, land use, and land development. Land governance is basically determining and implementing sustainable land policies“ (Deininger/Enemark 2010: 2). Eine funktionierende Verwaltung ist die Basis für eine effektive Landpolitik, die sich als Management der Beziehungen zwischen „people, policies and places in support of sustainability“ (ebda.) umschreiben lässt. Ein nachhaltiges Management bezieht sich vor allem auf mit dem Land zusammenhängende Eigentumsfragen, also Eigentumsrechte, Eigentumsbeschränkungen sowie der Eigentumsverantwortung (vgl. ebda.: 3). Diese individualisierte Eigentumsansicht steht oftmals im Gegensatz zu traditio-

nellen Landrechten. Ein derartiger Gegensatz ist besonders dann konfliktr​chtig, wenn sich – wie noch ausgef​hrt werden wird – das traditionelle Landrecht wie in Fidschi im Kern nicht gewandelt hat und damit keine Sicherheit f​r eine effektive Landverteilung bietet.

Damit ist das *governance*-System angesprochen, das im normativen Rahmen von *good governance* zu bestimmten Zielen f​hren sollte. F​r Fidschi zeigt sich insgesamt besonders in der j​ngsten Vergangenheit eine relativ schlechte allgemeine Performance von *governance*³, was nicht zuletzt eine Folge des letzten Staatsstreichs ist. Auch im speziellen Bereich des *land governance* zeigt sich Fidschi bedingt durch sein restriktives Landrecht desolat. Mangelnde institutionelle Leistungen des Staates generieren Konflikte bzw. tragen nicht zur Verringerung von Konflikten bei (vgl. Weltbank 2003: 165ff). Im Gegenteil zeigen sich gegenw​rtig massive Anzeichen von *bad governance* (vgl. zu diesem Begriff Thierry 2002: 27-32). Effektive staatliche Regulierungsma​nahmen sind kaum m​glich, sodass sich weder Interessengegensätze l​sen noch neuere Konfliktl​sungsmechanismen aus dem Ressourcenmanagement anwenden lassen, sofern strukturelle Defizite fidschianischer Institutionen nicht behoben werden.

Die institutionelle Ebene in Fidschi und anderen pazifischen Staaten ist, bedingt durch die offensichtliche Landknappheit, eng mit lokalen Identit​ten verbunden. Es l​sst sich hier leicht eine intensive emotionale Bindung der indigenen Menschen zu ihrem Land feststellen, zumal Land dort neben der subsistenzwirtschaftlichen Absicherung als Basis einer bestimmten identit​tsstiftenden Zugeh​rigkeit und als politischer Faktor angesehen wird. Schlie​lich ist es die Kontrolle ​ber Land, die den Menschen im Pazifik eine Stimme in der lokalen, regionalen und nationalen Politik verschafft (vgl. Ballard 1997: 48).

³ Quelle: http://info.worldbank.org/governance/wgi/sc_country.asp, (Aufruf: 3.11.11). Die Werte stellen ein umso besseres Ergebnis dar, je gr​oer sie sind. Die Werte aus Deutschland dienen dem Vergleich.

Governance Indicator	Year	Percentile Rank Fidschi (0-100)	Governance Score Fidschi (-2,5 -+2,5)	Ø Region Percentile 2010	Percentile Rank Deutschland (0-100)	Governance Score Deutschland (-2,5 -+2,5)
Voice and Accountability	2010	19,0	-0,99	49,6	92,9	+1,35
	1996	48,1	-0,12		89,4	+1,38
Political Stability	2010	39,6	-0,15	60,9	74,1	+0,81
	1996	73,6	+0,82		88,9	+1,20
Government Effectiveness	2010	26,8	-0,74	44,3	91,9	+1,55
	1996	52,2	-0,14		94,1	+1,84
Regulatory Quality	2010	27,3	-0,68	41,1	93,8	+1,58
	1996	51,5	-0,01		92,2	+1,46
Rule of Law	2010	19,9	-0,90	50,8	92,4	+1,63
	1996	59,3	+0,21		93,3	+1,62
Control of Corruption	2010	19,1	-0,91	45,8	93,3	+1,70
	1996	70,2	+0,44		94,6	+1,99

Die Funktion von Land als Identitätsstifter und seine politische Bedeutung werden für den Bereich der pazifischen Inselstaaten besonders deutlich, wenn die gesellschaftlichen Strukturen berücksichtigt werden.

3. Zu den Gesellschaftsstrukturen pazifischer Subregionen

Fidschi als das hier beschriebene Beispiel für Landkonflikte im Pazifik stellt insofern eine Besonderheit dar, als es auf der Schnittstelle zwischen den beiden pazifischen Subregionen Melanesien und Polynesien⁴ liegt. Werden die Inseln Fidschis geographisch zu Melanesien gezählt, so zeigt sich anhand der indigenen Bewohner ein anderes Bild: Die Mehrheit der indigenen Fidschianer ist in der polynesischen Gesellschaftsstruktur organisiert, während im westlichen Teil der Hauptinsel Viti Levu auch typisch melanesische Strukturen anzutreffen sind. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die melanesische Gesellschaftsstruktur durch politisch dezentrale, horizontale und egalitäre Gemeinschaften geprägt ist, während die polynesischen Gesellschaftsstruktur eine politisch zentralisierte sowie hierarchische und pyramidale Gliederung zeigt. Die sich ergebenden Strukturen eines solchen hierarchischen Gesellschaftsaufbaus tendieren hin zu einer staatsähnlichen Konstruktion mit einer ausdifferenzierten Funktionalisierung. Dadurch können Teile der Gesellschaft regieren und andere Teile regiert werden, sodass ein gemeinsames Bewusstsein über die originäre Gruppe hinaus entstehen kann. Das Gegenteil dieses hierarchischen Modells sind nebeneinander gelagerte segmentäre Gesellschaften wie sie in Melanesien anzutreffen sind. In diesen segmentären Gesellschaften werden die politischen Entscheidungen immer auf der möglichst untersten Ebene getroffen, sodass übergeordnete Instanzen traditionell nicht bestehen (vgl. Seibel 1978: 107).

Ein grundsätzliches Merkmal der hierarchisierten polynesischen Gesellschaftsmuster besteht im individualisierten Eigentum, während die egalitären melanesischen Systeme traditionell lediglich gemeinschaftliches Eigentum kennen. Die Verfügungsgewalt über Güter und das damit entstehende Eigentum wird hier zum Herrschaftsinstrument und zur Basis für eine Hierarchisierung zumindest zwischen denen, die besitzen und verteilen können und jenen, die nichts besitzen und zugeteilt bekommen (vgl. Fried 1967: 106). Der das Land Besitzende gibt das Land an den Nicht-Besitzenden ab, der wiederum den Besitzenden an den Früchten seiner Arbeit teilhaben lässt (vgl. Sahlins 1958: 7). Es wird hier Arbeit gegen Land getauscht, was eine Entwicklung von einer egalitären zu einer hierarchischen Gesellschaft markiert und klar auf die politische Bedeutung von Land für die gesellschaftliche Struktur in Polynesien hinweist. Eine grundlegende Voraussetzung für dieses Tauschverhältnis ist die Produktion von Überschuss, ohne die individualisiertes Eigentum gar nicht möglich wäre, und die abhängig von den natürlichen Gegebenheiten ist. So ließen die Bodenverhältnisse in Melanesien keine Überschussproduktion zu, was in der

⁴ Die dritte Subregion Mikronesien lässt sich als eine rein geographische Subregion bezeichnen, während die gesellschaftliche Struktur Mikronesiens der Polynesiens ähnelt.

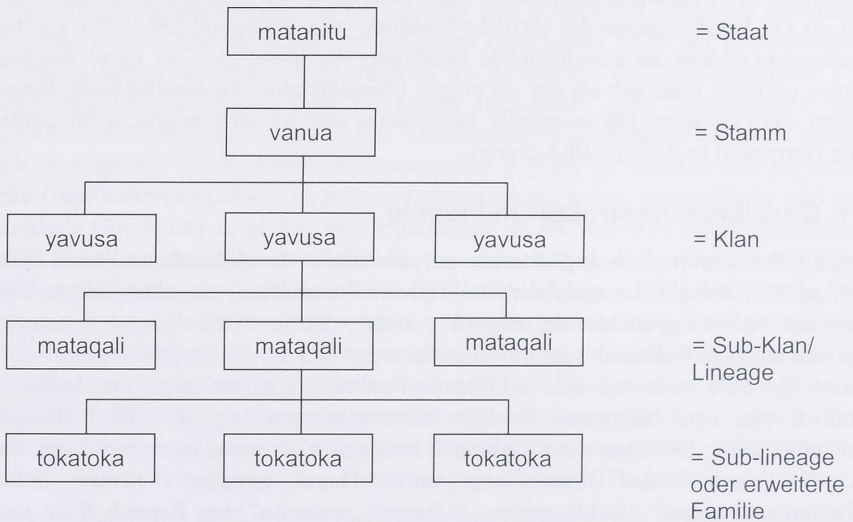
Folge zu lediglich gemeinschaftlichem Eigentum unter egalisierten politischen Strukturen führte. Im Gegensatz dazu ermöglichten die vorteilhaften Umweltbedingungen Polynesiens ein Niveau oberhalb der bloßen Überlebenssicherung. Dies wiederum schuf anhand der Eigentumsverhältnisse eine gesellschaftliche Individualisierung und Ausdifferenzierung (vgl. Sahlins 1963: 294-300). Die zentrale Instanz ist der Häuptling („High Chief“ bzw. traditionell „ariki“), der seine Stellung durch Geburt sowie durch den Verweis auf seine göttliche Abstammung und einer damit verbundenen mystischen Macht erlangt. Als zentrale Kontrollinstanz regelt er die Verteilung der Überschussproduktion. Eine Verteilung von Gütern über seinen Kopf galt als ein Verstoß gegen die göttliche Ordnung (vgl. Bellwood 1987: 32). Zu unterstreichen ist hier die entscheidende Bedeutung der Kontrolle über Land, die drei Säulen umfasst: Land gilt als der wichtigste Identitätsfaktor (kulturelle Bedeutung), sichert das Überleben (ökonomische Bedeutung) und ist ein Grundstein für politische Herrschaft (politische Bedeutung).

3.1. Gesellschaftsstruktur in Fidschi

Analog der hierarchisch gegliederten polynesischen Gesellschaftsstrukturen lässt sich auch in Fidschi der mehrheitliche Teil der Gesellschaft charakterisieren. Von zentraler Bedeutung ist hier der Begriff „vanua“, der als Symbol zu verstehen ist, das sich aus dem Gebrauch symbolischer Formen wie z.B. der Sprache ergibt. Dabei haben Symbole nicht nur eine erklärende Funktion, sondern auch eine kreative, nämlich die, eine bestimmte Realität hervorzubringen (vgl. Dickhardt/Hauser-Schäublin 2003: 29). Durch den Gebrauch lassen sich Sinnordnungen zuweisen, die sich für Fidschi in den Dimensionen „vanua“ (Land), „matanitu“ (Staat), „lotu“ (Kirche) und „ilavo“ (Geld) zeigen. Während „matanitu“ den Bereich Staat und Administration umfasst – auch das Militär gehört in der heutigen Zeit dazu –, steht vor allem die methodistische Kirche für eine religiöse Orientierung im Rahmen einer neotraditionellen Ordnung. Die Rolle des Geldes ist ein Resultat einer monetären Ökonomie, in die Fidschi spätestens seit der Kolonialisierung eingebunden ist (vgl. Dickhardt 2003: 227f). Im Rahmen dieser Sinnordnungen lassen sich soziopolitische Strukturen artikulieren. Es hat sich „hier eine räumliche Form entwickelt (...), die als allgemeinverständlicher Code zweierlei ermöglicht: sowohl die Einführung traditioneller Momente in staatliche und kirchliche Strukturen, als auch die Einbindung dieser Strukturen in eine neotraditionelle Ordnung“ (ebda.: 259). Grundsätzlich bedeutet „vanua“ das physische Land, also jenes Territorium, welches zur Überlebenssicherung notwendig ist (ökonomische Bedeutung). Darüber hinaus umschreibt „vanua“ im Sinne der eben erwähnten kulturellen Bedeutung aber auch ein soziales und kulturelles System. „vanua“ gilt als Quelle für „mana“ und ist damit direkt mit den entsprechenden Führern verbunden. „vanua“ bezeichnet aber auch den Ort der Ahnen, sodass „vanua“ als symbolische Verbindung von Vergangenheit und Zukunft und damit als grundsätzlicher identitätsstiftender Faktor zu verstehen ist (vgl. Shore 1989: 137-174). Damit bedeutet „vanua“ aber auch die jeweils größte

Gruppe von miteinander verwandten Menschen und ihres Führers (Stamm), was „vanua“ wiederum als Teil einer hierarchischen Struktur kennzeichnet (s. Abb. 1, vgl. Nayacakalou 1985: 11). „vanua“ als Teil eines hierarchischen Systems verweist auf die politische Bedeutung von Land. Es bildet nicht nur ein Territorium, über welches Herrschaft ausgeübt wird, sondern legitimiert zugleich die jeweiligen Führer in ihrer Rolle und schafft durch die Verteilung von Land die für Herrschaftsausübung notwendigen Abhängigkeitsverhältnisse.

Abbildung 1: Soziale Einheiten der traditionellen Gesellschaft Fidschis



aus: Mückler 1999: 56

Ende des 18. Jahrhunderts haben sich die verschiedenen „vanuas“ zu einer staatsähnlichen Konföderation zusammengeschlossen, die als „matanitu“ bezeichnet wird. Zu Beginn der britischen Kolonialisierung 1874 bestanden vier „matanitus“, die als „divisions“ administrativ beibehalten wurden. Auch der seit 1970 unabhängige Staat Fidschi orientiert sich an dieser Gliederung. Mit dem Einzug der Briten gingen zwei bis in die Gegenwart bedeutsame Ereignisse einher: Cakobau und Ma’afu, damals Fidschis bedeutendste Führer, schlossen mit den Briten einen Abtretungsvertrag ab. Dieser fixierte erstmals schriftlich, wie das Land zu verteilen ist. Zum zweiten versuchten die Briten, die Inseln ökonomisch in ihrem Sinne zu nutzen, sodass sie die Kopra- und Zuckerrohrplantagenwirtschaft intensivierten und hierfür Inder als Landarbeiter anwarben. Beide Ereignisse sind miteinander verbunden. Cakobau war ein Chief aus Fidschis Osten, der seine Herrschaft über ganz Fidschi ausdehnen wollte und einer britischen Unterstützung nicht ablehnend gegenüber stand (vgl. Davies 2005: 50). Die Briten halfen Cakobau schließlich, seine Position auszubauen

(vgl. Milne 1981: 60ff). Die Briten und vor allem der britische Gouverneur Arthur Gordon hatten sowohl altruistische als ökonomische Interessen an den Inseln. Gordon versuchte, die indigenen Bewohner möglichst vor der westlichen Penetration zu schützen (vgl. Thomas 1990: 149), sodass es in dieser Hinsicht folgerichtig war, Fidschianer als günstige Arbeitskräfte auf europäischen Plantagen nicht zuzulassen. Andererseits war der Gouverneur verpflichtet, die ökonomische Performance der Inseln so zu gestalten, dass sie möglichst keiner externen Hilfe bedurften⁵. Relativ schnell wurde jedoch deutlich, dass die angestrebte Amortisation ohne entsprechende Arbeitskräfte nicht zu realisieren war, sodass schließlich 60.965 Inder als Arbeiter für die Plantagen ins Land geholt wurden (vgl. Sutherland 1992: 32). Die britische Kolonialverwaltung war in diesem Zusammenhang der Ansicht, dass Europäer, Inder und indigene Fidschianer möglichst getrennt voneinander leben sollten, um ein friedliches Zusammenleben zu gewährleisten. Nicht zuletzt deshalb akzeptierte Gordon die Vorherrschaft indigener Interessen, um somit mittels indigener Regelungsmechanismen Ordnung in der Kolonie aufrecht zu erhalten. In dieser Strategie spielte Land eine herausragende Rolle, sodass es als unveräußerliches Eigentum der Indigenen eingestuft wurde. Im Abtretungsvertrag von 1874 wurde festgehalten, dass 8 % des Landes an bereits eingewanderte Europäer, die das Land rechtmäßig erworben haben mussten, übergeben wurden. 9 % gingen direkt an die britische Krone, während die übrigen 83 % bei den indigenen Fidschianern verblieben (vgl. Faust 2006: 41)⁶. Durch diese Regelung wurde im Nebeneffekt die alte Elite des fidschianischen Ostens protegiert, sodass sich deren Ansichten von Landverteilung und -eigentum durchsetzen konnten. Damit war es Gordon möglich, eine Politik des Teilens und Herrschens einzusetzen, wobei die indirekte Herrschaft den bedeutendsten Teil einnahm. Indem die ostfidschianischen Chiefs die Briten unterstützten, konnten sie sich als gesamtfidschianische Chiefs etablieren (vgl. Etherington 1996: 42f).

3.2. Gesellschaftsstruktur, Institutionen und Landverteilung in Fidschi

Institutionalisiert wurde die Landverteilung 1880 durch die Einrichtung der „Native Land Commission“, die allerdings die seinerzeit bei den Fidschianern höchst umstrittene Entscheidung traf, das indigene Land an die „mataqali“ und nicht wie traditionell vorgesehen an die „tokatoka“ zu verteilen (vgl. Mückler 1997: 128ff). Diese Verteilung sorgte nicht nur bei den indigenen Fidschianern für Unverständnis, son-

⁵ In diesem Zusammenhang fallen die bereits erwähnten Bedeutungen von Land ins Auge, die hier im europäischen Schutz der indigenen Traditionen (kulturelle Bedeutung), der Erweiterung der britischen Einflussphäre (politische Bedeutung) sowie in der Nutzung der ökonomischen Kapazitäten Fidschis (ökonomische Bedeutung) bestand.

⁶ Diese Gliederung hat bis in die Gegenwart Bestand. Die Regierung in Suva gibt folgende Zahlen an: „Native Land“: 82,9 %; „State Land“: 8,41 %; „Freehold Land“: 8,06 %; „Rotuman Land“: 0,24 % (siehe Fiji 2004: 1).

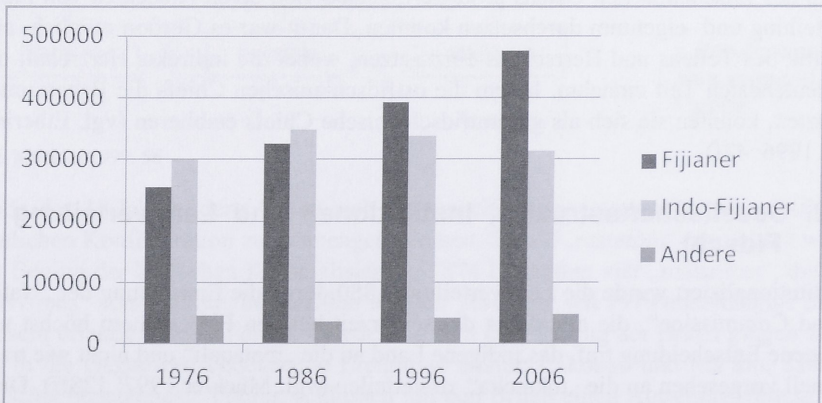
dem auch bei den indischen Arbeitern, die angesichts unsicherer Pachtverträge um ihre Existenz fürchteten. 1930 kam es zu einem Eklat, als die Inder bessere Garantien für ihre Pachtverträge forderten, die ihnen jedoch von den indigenen Fidschianern zunächst nicht zugestanden wurden. Um ihre Erträge fürchtend, schlug sich daraufhin die seinerzeit wichtigste Zuckermühle Colonial Sugar Finery auf die Seite der Inder, sodass hier erstmals ökonomische Interessen im Konflikt mit Traditionen standen. Dem ökonomischen Druck folgend wurde 1940 die „Native Land Commission“ durch das „Native Land Trust Board“ (NLTB) abgelöst, das noch immer für die Landverteilung zuständig ist. Das NLTB basiert auf zwei Säulen, die sich angesichts der Bevölkerungsentwicklung (s. Abb. 2) beider Volksgruppen als immer weniger adäquat erweisen, zumal die Besitzverhältnisse beim wichtigen Zuckerrohranbau deutlich in Richtung der indo-fidschianischen Farmer ausschlagen (s. Tab. 1).

Tabelle 1: Verhältnis der Zuckerrohr-Farmer zur Jahrtausendwende

Indo-Fidschianer	16710	78,1 %
Fidschianer	4579	21,4 %
Andere	107	0,5 %
Gesamt	21396	100 %

aus: Lal u.a. 2001: 4

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung der Volksgruppen in Fidschi



Quelle: www.statsfiji.gov.fj (3.11.11)

Die erste Säule bildet das „Customary Land Law“, das, auf kommunalen Interessen basierend, die Organisation des nicht verpachteten Landes der indigenen Fidschianer regelt. Die zweite Säule bildet das „Native Land Trust Leasing System“, das die Bereitstellung von Land für Pachtverträge organisiert. Beide Säulen befassen sich jedoch nur mit den Interessen und dem Land der indigenen Fidschianer, während die

Interessen der Indo-Fidschianer nicht berücksichtigt werden. Die britische Kolonialmacht unterstützte dieses Ungleichgewicht nach Kräften, indem sie die Vorrangigkeit fidschianischer Interessen offen bekundete. Hintergrund für diese Entscheidung war der britische Wunsch, vor allem die Interessen der indigenen Führungsschicht zu wahren, um sie im Sinne der indirekten Herrschaft für die eigenen Interessen einzuspannen (vgl. Mückler 1999:60). Damit wurden die indigenen Fidschianer am politischen Prozess beteiligt, während die Indo-Fidschianer ausgeschlossen blieben. Bedingt durch die unzumutbaren Verhältnisse auf den Plantagen begannen sie sich jedoch gewerkschaftlich zu organisieren. Diese bewusste Aufteilung in eine herrschende sowie besitzende Klasse der indigenen Fidschianer und eine indo-fidschianische Arbeiterschaft spiegelt sich bis in die Gegenwart im fidschianischen Parteiensystem wider und zeigt sich deutlich in den Auswirkungen der Landverteilung.

4. Auswirkungen der Landverteilung

Das NLTB gilt als zentrale Institution in Fragen der Landnutzung, weswegen zeitweilig mitunter von sozialisierten Verhältnissen gesprochen wird (vgl. Kasper 2001: 4). Der zentrale Punkt im fidschianischen Landrecht besteht darin, dass „native land“ nicht gekauft, sondern nur gepachtet werden kann. Die Pachtdauer betrug ursprünglich zwischen zehn und 99 Jahren, faktisch hat sich jedoch eine Dauer von 30 Jahren etabliert. Der Versuch der Institutionalisierung traditioneller Landverteilungssysteme ist bislang wenig erfolgreich verlaufen. Besondere Unsicherheit besteht bei den Indo-Fidschianern, die das Land meist für den Zuckerrohranbau kultivieren. Deutlich wurden die anfallenden Probleme vor allem 1997, als viele Pachtverträge ausliefen. Die Rechtsgrundlage für die Verträge bestand im „Agricultural and Landlord Tenants Act“ (ALTA), der vor allem die Pachtleistungen fixierte. Die indigenen Landeigentümer wollten ALTA abschaffen, um so das Land wieder unter die eigene praktische Kontrolle bringen zu können, oder aber zumindest den Vorgänger von ALTA, den „Native Lands Trust Act“ (NLTA) reaktivieren, um eine höhere Rendite zu erzielen (vgl. Lal u.a. 2001: 15f). Der Hauptstreitpunkt bestand in der Länge der Pachtverträge. Während die überwiegend indo-fidschianischen Pächter davon ausgingen, mindestens dreißigjährige Pachtverträge zu erhalten, kalkulierten die Landeigentümer mit einer maximalen Laufzeit von 30 Jahren (vgl. Reddy u.a. 2004: 20). Die Probleme, die beim Auslaufen der jeweiligen Verträge entstehen, betreffen jedoch nur in erster Linie die indo-fidschianischen Farmer. In zweiter Linie ist das ganze Land betroffen.

4.1. Ökonomische Auswirkungen

Sehr deutlich zeigt sich die Landrechtsproblematik in Fidschi anhand ihrer ökonomischen Auswirkungen. Da Landeigentum für Indo-Fidschianer nicht möglich ist, wird die Produktion des für Fidschis Wirtschaft enorm wichtigen Zuckerrohrs bei Auslaufen der Pachtverträge entweder vollständig eingestellt oder die Produktion

geht auf die indigenen Fidschianer über, die bei der Bearbeitung der Böden jedoch unproduktiver sind als ihre Vorgänger. Lal (2000: 114) schätzte die Abnahme der Produktion pro Hektar anhand von Beobachtungen indigener Farmer auf 18 t pro Jahr und Hektar (von 64 t auf 46 t), was die „zuckerkrank“ Wirtschaft Fidschis ins Schwanken bringen könnte. „Land as a resource“, so stellt Prasad (1997: 30) schließlich fest, „is only valuable if it is put into some productive use“. Hier ist die Regierung mit Reformen gefragt, was einem Balanceakt zwischen fidschianischer Tradition und ökonomischen Anforderungen gleichkommt. Dabei besteht die Notwendigkeit, Land nicht nur als traditionelle, sondern als nationale Ressource zu betrachten und dementsprechend zu nutzen. Der Unsicherheitsfaktor bei der Landnutzung vor allem für die Indo-Fidschianer und die Übernahme der Produktion durch indigene Fidschianer zeigt sich im deutlichen Rückgang der Zuckerrohrproduktion. So verringerte sich allein in den Jahren 1996 bis 2001 die Zuckerrohrproduktion um rund 1,6 Mio. Tonnen von 4,4 Mio. auf 2,8 Mio. Tonnen (vgl. Reddy u.a. 2004: 20), was angesichts eines Anteils von Zuckerexporten am Bruttoinlandsprodukt von durchschnittlich 18,75 % einen enormen Einschnitt darstellt (vgl. Narayan & Prasad 2003: 6).

Die ungelösten Landrechtsfragen tragen dazu bei, Spannungen zwischen den beiden großen Bevölkerungsgruppen zu erzeugen. Bislang wurden insgesamt vier Regierungen wegen dieser Spannungen gestürzt. Der Umbau der Verfassung, der mit den Umstürzen einherging, sorgte nicht unbedingt für die Rechtssicherheit, die für eine erfolgreiche Volkswirtschaft notwendig ist. Ebenfalls wurde so die Diskussion über die Reform des Landrechts unzulässig verzögert.

Als Folge dieser Probleme bleiben für Fidschi notwendige Investitionen aus dem Ausland aus. Diese sind jedoch nötig, weil die binnenwirtschaftlichen Investitionen der Privatwirtschaft und des Staates nicht ausreichen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die politische Instabilität seit 1987 hat also wirtschaftliche Folgen, da sie nicht nur notwendige Investitionen behindert (vgl. Duncan 2004: 3), sondern zugleich die ebenfalls wichtige Tourismuswirtschaft beeinträchtigt (vgl. Prasad 2002: 79f). Schließlich führen die politischen Spannungen auch zu einer starken Abwanderung vor allem gut ausgebildeter Indo-Fidschianer, was die Wirtschaft Fidschis nachhaltig schwächt (vgl. dazu allgemein Chand & Clements 2008).

Es besteht also ein greifbarer negativer Zusammenhang zwischen traditioneller Wirtschaftsweise bzw. traditionellem Landeigentum und dringend benötigten Auslandsinvestitionen, Einbußen in der Tourismuswirtschaft sowie Abwanderung qualifizierter Kräfte, was zu einer politischen Instabilität führt.⁷

⁷ Den Zusammenhang zwischen fehlender Rechtssicherheit und geringen Auslandsinvestitionen belegen verschiedene Studien. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass Staaten in einer Investitionskonkurrenz zueinander stehen. Investoren richten sich nach für sie vorteilhaften Bedingungen. Mehr Investitionen in einem Land bedeuten ein Ausbleiben von Investitionen in anderen Ländern (Hersel/v. Eichborn 2006: 10). Eine mangelnde Rechtssicherheit hinsichtlich

4.2. Politische Auswirkungen

Welche politische Sprengkraft die ökonomisch sehr dringend benötigten Landrechtsreformen beinhalten, zeigt sich daran, dass jede Änderung der bestehenden Landrechte mit einer Zweidrittelmehrheit parlamentarisch beschlossen werden muss, was angesichts der an der ethnischen Schnittgrenze zwischen den beiden großen Volksgruppen orientierten Parteien faktisch unmöglich erscheint (vgl. Reddy u.a. 2004: 21f). Allerdings wäre es unangemessen, davon auszugehen, dass lediglich die Spannungen zwischen Indigenen und Indo-Fidschianern bezüglich der Landrechtsfrage zu Problemen führen. Tatsächlich liegt die Bedeutung von Land vor allem im Machtanspruch der traditionellen Eliten begründet, die über die Landverteilung versuchen, das traditionelle Machtssystem zu konservieren. Das gegenwärtige System verteilt die Pächterträge dahingehend, dass gewöhnliche Klanmitglieder als traditionelle Landeigentümer kaum etwas von den Erträgen erhalten. Das NLTB als administrative Behörde erhält 20 % der Erträge, 30 % gehen an die Führungspersonen der Klans, und die verbleibenden 50 % werden unter der zahlenmäßig größten Gruppe der tatsächlichen Eigner auf der unteren Ebene verteilt (vgl. Kurer 2001: 300). Die Mehrheit der indigenen Fidschianer wird mit diesem System also massiv benachteiligt, ohne zu wissen, dass es die „eigenen“ Führungspersonen und nicht die indo-fidschianischen Farmer sind, die diese Ungleichverteilung zu verantworten haben: „Many indigenous Fijians think that the leasing system favours Indo-Fijian farmers who they believe grow rich by renting Fijian land while they themselves receive little compensation“ (Wilson 2008: 29). Land wird hier also nicht nur zu einem ethnischen Problem bzw. zum Anlass einer ethnisch motivierten Auseinandersetzung, sondern auch zu einem sozioökonomischen Konfliktgrund (vgl. Kabutaulaka 2008: 64).

Die Frage nach Land bzw. nach einer angemessenen Ertragsverteilung wurde zu einem bedeutenden politischen Mobilisierungsgrund. War das fidschianischen Parteiensystem bis in die 1980er Jahre weniger ideologisch bestimmt, sondern vielmehr durch ethnische Gesichtspunkte determiniert (vgl. Lawson 1991: 195), so änderte sich dies mit dem Auftauchen der „Fiji Labour Party“ 1985. Erstmals wurde die strikte Trennung der Volksgruppen in den fidschianischen Parteien durchbrochen – das ethnische Exklusionsmodell hat sich also von einem Rassen- in ein Klassenmodell verwandelt, das ebenso Benachteiligte auf Seiten der indigenen Fidschianer kennt, die sich so eine passende Artikulationsform geschaffen haben. Ein wesentliches Anliegen der Labour Party bestand in der Reform des Landrechts und damit in einer gerechteren Verteilung der Landerträge zugunsten der breiten Massen

Landeigentums ist dabei als Investitionsnachteil einzustufen. Im deutschen Sprachraum stellt der Ostasienverein in seinem aktuellen Überblick zu Fidschi Streitigkeiten über Landrechte als ökonomische Bremse dar (vgl. Schlenzig 2010: 478). Grundsätzlich sehen beispielsweise deutsche Unternehmen fehlende Garantien für Eigentumsrechte als ein Problem an (vgl. Demele 2009: 62). Auch die Weltbank betrachtet einen erschwerten Zugang zu Landeigentum als ein Haupthindernis für Investitionen (vgl. World Bank 2010: 3). Siehe dazu auch grundsätzlich Muir/Shen 2005.

(vgl. Lal 2003: 337). Die erwähnten ökonomischen Schwierigkeiten Fidschis führten in den 1980er Jahren schließlich zu einer erstarkten Arbeitspartei, die sich anschickte, die bestehenden Verhältnisse zu verändern. Auf der Gegenseite entstand das Taukei-Movement als Organisation der Landeigner („taukei“ = [Land-]Eigner). Das Taukei-Movement behauptete im Einklang mit der konservativen Alliance Party als selbsternannter Vertreter der fidschianischen Vormacht, dass die seit 1987 regierende Koalition aus Labour Party und National Federation Party die indigenen fidschianischen Landinteressen untergraben und die indigenen Fidschianer ökonomisch marginalisieren würde, was schließlich zum ersten Militärputsch 1987 führte (vgl. Lal 2006: 194). Die angenommene Marginalisierung indigener Interessen sorgte für die sogenannte „vanua politics“, die sich vor allem durch eine von Fidschis indigenen Eliten gesteuerte Manipulation der engen kulturellen und emotionalen Bindung der indigenen Fidschianer an ihr Land auszeichnet. Die Landfrage wird hier zu einer Machtfrage: „(...) the loss of land rights entails the potential breakdown of social relations, the *collapse of chiefly leadership* (eigene Hervorhebung), the loss of indigeneness, and the disintegration and dissolution of the Fijian society“ (Kabutaulaka 2008: 74). Angesichts der politischen Bedeutung von Land in Fidschi ist es nicht überraschend, dass sich das Landrecht bis in die Gegenwart gehalten hat und vor jeder Modernisierung geschützt wurde, obgleich es den Ansprüchen einer modernen Staatlichkeit nicht genügt und nicht unwesentlich zu Fidschis Coups beigetragen hat.

4.2.1. Die Putsche 1987 und 2000

Die Wahlen des Jahres 1987 zeigten die bestehenden Konfliktlinien auf, indem der auf den ersten Blick ethnisch geprägte Konflikt seine wahren Gegensätze offenbarte, die in einer ungleichen Landverteilung bzw. einer ungleichen Ertragsverteilung lagen. Der damalige Premier Bavadra erregte den Widerstand der traditionell herrschenden indigenen Klasse, die einen Verlust von Autorität und Einfluss befürchtete und in der Folge die nationalistische Partei „Soqosoqo ni Vakavulewa ni Taukei“ bildete. Ein Treffen der Wahlverlierer proklamierte eine Petition zur Verfassungsänderung, nach der nur noch indigene Fidschianer Staatsämter einnehmen konnten. Ihr Vorschlag wurde außerparlamentarisch von mehreren Indigenen aufgenommen, die daraufhin Demonstrationen gegen die gewählte Regierung organisierten. Dies war der Anlass für den damaligen Oberst der fidschianischen Streitkräfte Rabuka, die Regierung militärisch zu stürzen. Am 14.05.1987 schlugen seine Truppen zu und nahmen die Regierung in Geiselnhaft. Rabuka konnte sich auf seine Soldaten verlassen, die fast vollständig aus indigenen Fidschianern bestehen (vgl. Kumar 1997: 91). Allerdings schien das Resultat des Putsches für Rabuka nicht optimal zu sein, da die Taukei-Führer moderat agierten und mit der gestürzten Regierung im Rahmen des „Deuba Accord“ eine gemeinsame Konsens-Regierung anstrebten (vgl. Robertson/Tamanisau 1988: 142). Die Reaktion Rabukas ließ nicht auf sich warten,

da erstens das Ziel der fidschianischen Vorherrschaft abgeschwächt zu werden drohte und zweitens die herausragende Stellung des Militärs gefährdet wurde (vgl. Lawson 1991: 272). Kurzum: Das Hauptziel der staatlichen Zementierung indigener Vorherrschaft war in Gefahr, sodass im September 1987 ein zweiter Putsch folgte. Die so entstandene „Rabuka-Republik“ begründete sich vor allem aus der bewaffneten Macht des Militärs, das zudem nach den Putschen infolge einer Erhöhung der Truppenstärke von 2.200 auf 6.000 Mann stark ausgebaut wurde (vgl. Sanday 1998: 28). Rabuka interpretierte das nationale Interesse faktisch als das Interesse der indigenen Führungsschicht, das ab nun gewaltsam abgesichert wurde. Nach den Putschen gelang es Rabuka über die Restauration traditioneller Herrschaftssysteme, die fidschianische Vorherrschaft in praktisch allen Bereichen auszubauen. Mit der neuen Verfassung vom 25.07.1990 wurden die besonderen Rechte der Indigenen verfassungsrechtlich umgesetzt. Zwar war diese Verfassung nur als Übergangsverfassung angelegt, sie hatte dennoch bis Juli 1997 Bestand (vgl. Lal 1998: 57). Die somit abgesicherte Vorherrschaft entzog sich einer effektiven Kontrolle und förderte Missmanagement, sowie Korruption und Klientelismus (vgl. ebda.: 56). In der Folge verließen viele gerade der gut ausgebildeten Indo-Fidschianer das Land. Zwischen 1987 und 1995 emigrierten demnach 86 % aller Führungskräfte, 60 % aller Buchhalter sowie rund zwei Drittel aller Statistiker und Mathematiker (vgl. ebda.). Diese hohen Prozentsätze resultieren ebenfalls aus dem bestehenden Landrecht. Da die Indo-Fidschianer kein eigenes Land erwerben dürfen, wählen sie „landunabhängige“ Berufe. So sind überdurchschnittlich viele Indo-Fidschianer Anwälte, Lehrer oder Ärzte und damit individuell ökonomisch bessergestellt (vgl. Wolf & Waibel 2010: 46).

Der offensichtliche ökonomische Schaden durch Rabukas Machtergreifung blieb auch seiner Regierung nicht verborgen, sodass Reformen angestrengt wurden, die sich vor allem in der neuen und sehr liberalen Verfassung des Juli 1997 niederschlugen. Die erste Wahl auf Grundlage der neuen Verfassung erfolgte 1999 und ermöglichte mit dem Labour-Politiker Mahendra Chaudhry erstmals einem Indo-Fidschianer das Amt des Premiers. Seine Wahl verunsicherte aber auch jene indigenen Fidschianer, die für seine Partei gestimmt hatten. Sich seiner besonderen Stellung bewusst, versuchte Chaudhry nicht gegen indigene Interessen zu regieren, sondern strebte eine Regierung für alle Bürger an (vgl. Lal 1999: 33). Seine Politik führte wieder zu demokratischen und zivilen Verhältnissen und reduzierte die Rolle des Militärs auf das Militärische. Das neoliberale Reformprogramm der Vorgängerregierung wurde ausgesetzt, und nichtindigenen Fidschianern wurde das erste Mal die volle politische Partizipation ermöglicht (vgl. Prasad 1999: 11). Schließlich erkannte er aber auch die ungelöste Landrechtsproblematik als grundsätzlichen Konfliktgrund, sodass er versuchte, die Landfrage im Interesse aller Fidschianer zu lösen.

Eben diese Lösung konnte ihm nicht gelingen, da seine Regierung im Mai 2000 gestürzt wurde. Hauptperson war der indigene Geschäftsmann George Speight, der

angesichts des Umsturzes jedoch seinen indigenen Namen Ilikini Naitini bevorzugte (vgl. Lal 2006: 239). Hintergrund seiner Intervention waren egoistische ökonomische Gründe, die er allerdings offiziell als nationales Interesse im Sinne einer indigenen fidschianischen Nation darstellte (vgl. dazu im Folgenden ebda.: 185-205, Wilkinson 2000: 41). Speight betrieb Handel mit Tropenhölzern. Als Vertrauter von Rabukas Finanzminister Ah Koy fiel es ihm leicht, die Leitung der einflussreichen „Fiji Hardwood Corporation“ zu übernehmen. Er verantwortete ein Geschäft mit der amerikanischen Firma Timber Resource Management (TRM), das jedoch nicht zustande kam. Stattdessen fädelte die inzwischen neue Regierung Chaudhry eine Abmachung mit der britischen Commonwealth Development Corporation ein (CDC), die zwar finanziell das schlechtere Angebot machte, aber zugleich zusicherte, den für Fidschi noch bedeutenderen Zuckerrohrmarkt offen zu halten. Speight wurde zudem aus seinen Ämtern entfernt. Dieser reagierte nicht zuletzt wegen bereits geflossener Beraterhonorare an ihn seitens des TRM mit Druck auf das NLTB, das wie erwähnt für die Vergabe der Pachtverträge zuständig ist. TRM, so Speight, sei die Firma, die am besten mit den traditionellen Gebräuchen in Einklang stehe. Damit befeuerte er die Vorurteile der indigenen Fidschianer gegenüber der indo-fidschianischen Regierung. Tatsächlich wäre die landbesitzende indigene Elite mit der Umsetzung des TRM-Angebots bevorzugt gewesen (vgl. Alley 2001: 227). Durch den Zuschlag an die Briten wurden sie scheinbar benachteiligt, während der Zuckerzusatzdeal den zumeist indo-fidschianischen Zuckerrohrfarmern zugute kam. Gegen die Regierungsentscheidung demonstrierten im Frühjahr 2000 rund 10.000 indigene Fidschianer, was Speight dazu nutzte, die Regierung am 19.05.2000 als Geisel zu nehmen. Im daraufhin einsetzenden Machtvakuum erschütterten Plünderungen das Land, was die Streitkräfte dazu nutzten, die Ordnung durch die Übernahme der Macht wieder herzustellen. Der Armeechef Bainimarama rief sich zum Premier aus und verhängte am 29.05.2000 das Kriegsrecht.

Allerdings verweigerte die Militärregierung Speight die Zusammenarbeit und bot ihm eine Amnestie an, wenn er seine Geiseln freilassen würde. Anfang Juli wurde unter dem indigenen Laisenia Qarase schließlich eine Zivilregierung vereidigt. Fast zeitgleich wurde die als Geisel gehaltene gewählte Regierung nach 56 Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt, während der Council of Chiefs den Speight-Vertrauten Ratu Josefa Iloilo zum Präsidenten wählte, der sich sogleich um die Bildung einer neuen Regierung bemühte. Qarase blieb Premier und versuchte, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, obgleich Chaudhry seine Ansprüche als legitimer Regierungschef geltend machte, sodass sich faktisch zwei Regierungen etablierten. Den Konkurrenzkampf entschieden schließlich die Gerichte. Zwar fiel das Urteil der Richter eindeutig zugunsten Chaudhrys aus, indem sie die Gültigkeit der 1997er Verfassung und die Legitimität seiner Regierung bestätigten. Qarase wurde jedoch durch starke Kräfte, vor allem in der Armee, gestützt, sodass die Labour Party Chaudhrys befürchtete, dass bei seiner weiteren Amtsführung ein erneuter Putsch drohen könnte. Im Ergebnis ließ sich Qarase im September 2001 zum Premier wäh-

len, wobei die liberale Verfassung von 1997 aber gültig blieb. Die Regierung war zwar wieder indigniert, musste sich aber zugleich auf eine liberale Verfassung berufen (vgl. dazu allgemein Fraser 2002: 115ff).

4.2.2. Land und Konflikte: Der Putsch 2006 und seine Auswirkungen bis heute

Qarase begann seine Amtszeit stark problembelastet. Seine Regierung war ohne die Zustimmung der Opposition nicht überlebensfähig, sodass er auf diese Rücksicht zu nehmen hatte. Auf der anderen Seite standen die Streitkräfte als bewaffnete Interessenvertreter der indigenen Fidschianer. Im Spannungsfeld dieser Pole ging Qarase in die Wahl 2006, bei der er sich wieder knapp gegen Chaudhry durchsetzen konnte. Der Wahlkampf war von großer Härte der beiden rivalisierenden Lager geprägt. Die beiden Spitzenkandidaten beschuldigten sich gegenseitig des Stimmenkaufs bei der letzten Wahl 2001, des Terrorismus und der Verstrickung in den Putsch von 2000.

Dabei unterschieden sich beide Konkurrenten inhaltlich in den entscheidenden Punkten nur unwesentlich voneinander. Bereits 2004 sprachen sich beide für eine umfassende Reform des Landrechts aus. Es stand außer Frage, dass derartige Einschnitte zu einem Disput mit den Streitkräften führen mussten, strukturell aber unumgänglich schienen (vgl. Chandrasekharan 2004:1). Noch bedeutender erschien allerdings die Verabschiedung des „Reconciliation, Tolerance and Unity Bill“ (RTU) im April 2005 und des „Qoloqoli Bill“ im August 2006. Art. 18(2) der RTU regelt die Reparationsansprüche der durch den Speight-Putsch Geschädigten und Art. 21 befasst sich mit einer Amnestie der Putschisten (vgl. Fiji 2005; ICJ 2005:3). Die „Qoliqoli Bill“ regelt die Besitzrechte indigener Fidschianer an Küstenland. Armeechef Bainimarama befürchtete dadurch negative Auswirkungen auf die für Fidschi bedeutsame Tourismuswirtschaft (vgl. www.theage.com.au/ (A), 03.11.2011). Sein offizielles Hauptargument lag in der von ihm unterstellten Unvereinbarkeit der RTU mit der gültigen Verfassung von 1997 (vgl. Lal 2005) sowie in Korruptionsvorwürfen. Bereits 2005 erschien die Lage derart angespannt, dass wieder mit einer Intervention der Streitkräfte gerechnet wurde, nachdem sich Bainimarama wiederholt sowohl gegen die RTU als auch gegen die „Qoloqoli Bill“ ausgesprochen hatte (vgl. Chandrasekharan 2005). Qarase zeigte sich seinerseits jedoch unbeeindruckt. Seiner Auffassung nach lieferte die Verfassung von 1997 den Streitkräften kein Recht zur Intervention, obgleich zu ihren Aufgaben auch die Wahrung der inneren Sicherheit gehört (vgl. Chandrasekharan 2006). Bainimarama entgegnete daraufhin, die Gesetze der Regierung seien moralisch und ethisch nicht richtig und warnte in diesem Zusammenhang vor einem möglichen Blutvergießen (vgl. www.theage.com.au/ (B), 03.11.2011).

Seine Forderung nach der Aufhebung der Amnestie gegen die Putschisten des Jahres 2000 mag auf den ersten Blick untypisch erscheinen, da hier offensichtlich nicht für die indigenen Fidschianer, sondern für die Indo-Fidschianer Partei ergriffen wurde.

Tatsächlich spielten Auseinandersetzungen innerhalb der indigenen Elite eine entscheidende Rolle. Speights Putsch 2000 entmachtete nicht nur die damalige Regierung, sondern beendete im Nebeneffekt auch die Vorherrschaft eines Klans und ermöglichte jenem Klan die Einnahme dieser Spitzenposition, zu dem sich Premier Qarase zählt (vgl. Bendt 2006: 1-2). Hinzu kommt, dass Bainimarama kaum vergessen haben dürfte, dass er nur selbst knapp einem Mordanschlag von Speights Anhängern entkommen ist und dass sein Handeln maßgeblich dazu beigetragen hatte, Speights Putsch zu vereiteln, sodass Bainimarama die Causa Speight persönlich nahm – zumal Qarase, der seinen Posten dem Eingreifen der Streitkräfte verdankte, sich nun anschickte eine Amnestie auszusprechen (vgl. Herr 2007: 10f). Deutlich wird hier, wie sehr Fidschi auch als moderner Staat noch immer in traditionellen Grabenkämpfen gefangen ist. Die Zugehörigkeit zu einer Klasse spielt ebenso eine Rolle wie die Zugehörigkeit zu einer Region (vgl. Dakuvula 1992: 70ff). Es dreht sich hier also um indigene Macht, wobei sich die Landfrage bestens instrumentalisieren lässt. Je mehr dabei die indigene Volksgruppe quantitativ dominiert, sei es durch eine höhere Geburtenrate der Indigenen oder durch die Abwanderung der Indo-Fidschianer, desto deutlicher wird sich dieser Trend fortsetzen (vgl. Lal 2006: 238f). Bainimarama agiert hier also trotz seiner höchst unangemessenen Methoden zum Wohl des Landes und damit auch im Interesse der Gerechtigkeit für die Indo-Fidschianer, obwohl er damit gleichsam eine Position im innerfidschianischen Machtkampf einnimmt, was seine Forderung nach Aufhebung der Amnestie erklärt. Gleichwohl wäre es falsch, Bainimaramas Handeln nur eindimensional zu sehen, da er durchaus auch die gesamte nationale Integrität beachtete, die durch die indigenationalistischen Interessen sowohl von Speight als auch von Qarase gefährdet wurde (vgl. Herr 2007: 11).

Da Qarase eben jener Forderung nicht nachkam, entwaffnete das Militär am 04.12.2006 die Polizei und übernahm am folgenden Tag die Macht von der Regierung. Zwar kündigten die Streitkräfte baldige Wahlen an. Passiert ist seitdem jedoch nichts. Gegenwärtig spricht sich die Interimsregierung unter Bainimaramas Führung für Neuwahlen bis 2014 aus. Gleichsam wurden Akteure aus Fidschis Zivilgesellschaft aktiv. Verschiedene Nichtregierungsorganisationen formulierten ein Programm für ein neues Fidschi. Das „Building a Better Fiji for All: A People’s Charter for Change and Progress“-Programm kennzeichnet verschiedene Schritte, „to rebuild Fiji into a non-racial, culturally-vibrant and united, well-governed, truly democratic nation that seeks progress and prosperity through merit-based equality of opportunity and peace“ (zitiert nach Lal 2007: 12). Die Ziele liegen in der Implementierung von *good governance*, in Reformen von Wirtschaft, öffentlichem Dienst und Finanzinstitutionen sowie im kommunalen und sozialen Bereich. Das wohl wichtigste Ziel besteht in der Reform des Landrechts, die als übergeordnete Aufgabe eng mit den genannten Reformbereichen verbunden ist. Damit wird an die Reformen angeknüpft, die bereits von Chaudhry angedacht waren und mit der Verfassung von 1997 konform sind. Allerdings scheinen die althergebrachten Traditionen in man-

cher Hinsicht gegen einen modernen Rechtsstaat zu sprechen – vor allem wenn die Vorrechte der indigenen Eliten beschnitten zu werden drohen: „The real problem for Fiji is not the vision but the willingness of its leaders, both military and civilian, to respect the rule of law“ (ebda.). Tatsächlich sehen viele Indigene im Umbruch des Jahres 2006 einen indo-fidschianischen Coup, während die Indo-Fidschianer zwar ihre Vorteile erkennen und die inzwischen eingekehrte (undemokratische) politische Stabilität schätzen, zugleich aber die Art und Weise des Handelns ablehnen. Darüber hinaus wurden auch Stimmen der einflussreichen Kirchen Fidschis laut, welche die Machtübernahme durch Bainimarama nicht als durchweg negativ einstufen. Es wurde gefragt, ob es nicht gerechtfertigt sei, die als rassistisch eingestufte Regierung Qarase zu stürzen, zumal sich diese Regierung zu wenig um die brennenden sozialen Fragen kümmerte: „Democracy was being manipulated in the interests of a group of extreme nationalists and rich elites. It was not working in the interests of all Fiji citizens. There was little concern for the poor, the ordinary workers, and for Indo-Fijians. There was serious mismanagement and some evidence of corruption. Hence although democratically elected by a small margin, the Qarase government was not a democracy that worked in the interests of all the people and sought to bring about justice for all“ (Father Kevin Barr 2007: 2).

Trotz dieses Zuspruchs wurde und wird Bainimaramas Machtübernahme sowohl im regionalen als auch im internationalen Ausland stark kritisiert. So wurde Fidschi zum zweiten Mal nach 1987 aus dem Commonwealth ausgeschlossen und der neuseeländische Botschafter nach zu starker Kritik des Landes verwiesen (vgl. Lal 2007: 23). Die Ausweisung des Botschafters unterstreicht die Unfähigkeit des Militärs Bainimaramas zum diplomatischen und politischen Handeln, nachdem Neuseeland vor dem Putsch bei einem Treffen zwischen Qarase und Bainimarama in Wellington vermittelt hatte. Seine Ablehnung einer Verhandlungslösung verschloss zudem alle Türen einer möglichen Anerkennung seiner Regierung aus Gründen der innerstaatlichen Stabilität Fidschis.

Tatsächlich hat sich Bainimarama mit verschiedenen internationalen Sanktionen auseinandersetzen. Sowohl Australien und Neuseeland als die bedeutendsten Mächte im Pazifik verhängten Einreisestopps für Mitglieder seiner Administration und deren Familien, stoppten Gespräche auf Ministerebene und beendeten zudem die Möglichkeit für Fidschianer zur Saisonarbeit. Durch die Einreisebeschränkung verweigerten besonders gut ausgebildete Kräfte die Mitarbeit in Bainimaramas Verwaltung, um sich nicht die Möglichkeit zur Arbeitsmigration nehmen zu lassen, was Fidschis Verwaltungsapparat nachhaltig schwächt. Zudem sind schmerzhaft Sanktionen der EU als Hauptabnehmerin für Fidschis wichtigstes Exportgut Zucker verhängt worden, die erst dann ausgesetzt werden, wenn Fidschi wieder demokratischen Spielregeln folgt (vgl. ebda.: 15). Darüber hinaus hat der Putsch 2006 auch regionale Auswirkungen: Die damalige konservative australische Regierung von John Howard schickte sich an, ihr bisheriges Verhältnis zu den insularen Kleinststaaten abzuändern, was in den betroffenen Staaten eine negative Resonanz erzeugte

(vgl. Holtz 2010: 163-165). Besonders die Staaten der „Melanesian Spearhead Group“, einer Suborganisation der melanesischen Staaten innerhalb der Regionalorganisation „Pacific Islands Forum“ argumentierten, dass Fidschis Putsch vor allem eine innerstaatliche Angelegenheit sei, weswegen sie Sanktionen ablehnten und damit bewusst in Opposition zur Neuausrichtung der australischen Pazifikpolitik gingen.

Schließlich sei noch angemerkt, dass Bainimarama Sanktionen mit Hilfe der VR China kompensiert (vgl. Kearney & Dodd 2006). China verhielt sich neutral gegenüber dem „Regierungswechsel“ in Suva, sodass sich Bainimarama vor allem um Pekings Gunst sorgte, die auf dem Wettstreit um staatliche Anerkennung zwischen China und Taiwan im Pazifik basiert. Bereits ein Jahr vor dem Putsch knüpfte Bainimarama in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der Streitkräfte Fidschis Kontakte mit China, wo er die Unterstützung von Pekings Ein-China-Politik durch Fidschis Militär zusicherte. Kritikern aus Australien und Neuseeland entgegnete er, dass Fidschi ebenso wie Australien das Recht habe, enge Verbindungen nach Peking zu unterhalten (vgl. Davis 2007). Durch das Auftreten Chinas in Fidschi war es der dortigen Regierung möglich, den australischen Einfluss in der Region auszubalancieren. Gleichfalls fühlt sich Canberra durch das Auftreten Chinas im Pazifik als Regionalmacht herausgefordert. Schließlich erkennen die dortigen schwachen Inselstaaten wie ein Trittbrettfahrer, dass sich die Abhängigkeit und der Einfluss von Australien durch Bündnisse mit anderen Mächten vermindern lassen. Dadurch wird Peking eine Tür in den Pazifik geöffnet, die nicht nur Taiwan und Australien gerne schließen würden, sondern auch die USA (vgl. Kelly 2006).

Insgesamt lässt sich zwar festhalten, dass Bainimaramas Putsch im Gegensatz zu den vorhergehenden Umstürzen nunmehr einen weniger direkten und unmittelbaren Bezug zur Landrechtsproblematik aufweist. Dennoch darf auch hier nicht die Symbolik von Land für die indigenen Fidschianer übersehen werden. Land, verstanden als das symbolische „vanua“, wurde bereits oben in Anlehnung an Dickhardt (2003) als kreative Funktion zur Realitätsbildung beschrieben, über die traditionelle Momente in staatliche Strukturen eingebracht werden. Ohne diese Traditionsübernahme in den Staat Fidschi wäre die Bedeutung von Land auf staatlicher Ebene eine andere, Eigentumsfragen hätten nicht diese Brisanz und die *governance*-Strukturen bzw. das *land governance* wären effektiver. Damit wäre zumindest ein Konfliktgrund weniger vorhanden und ein erneuter Putsch unwahrscheinlicher gewesen.

5. Ein Land – zwei Volksgruppen? Eine Aussicht

Fidschis Spaltung in zwei große Volksgruppen und die damit zusammenhängenden Konflikte werden durch das restriktive Landrecht sowohl begründet als auch massiv unterstützt – vor allem durch staatliche Institutionen. Die Indo-Fidschianer werden als Neuankömmlinge („vulagi“) angesehen, die den alteingesessenen Landeigentümern („taukei“) zu dienen hätten. Der Unterschied besteht also weniger zwischen

den Volksgruppen, sondern zwischen Landeigentümern auf der einen Seite und denen ohne Landeigentum auf der anderen Seite. Fidschis *governance*-Strukturen unterstützen diese Trennung. Sie stehen für die koloniale Vergangenheit und genügen nicht den Ansprüchen an eine moderne Staatlichkeit, sodass „Land“ als solches nicht konfliktoriginär ist, sondern vor allem eine unzureichende institutionelle Regelung des Landrechts. Die sich aus diesen Mängeln ergebenden Konfliktlinien ließen sich im Sinne eines effektiven Ressourcenmanagements zumindest abmildern. Von einem effektiven Ressourcenmanagement in Fidschi könnte gesprochen werden, wenn eine subjektive freie Entfaltung ermöglicht wird, ohne dabei sozial unverträglich zu sein und den Gemeindewerten entgegenzustehen. Der Fokus liegt hierbei auf staatlich geförderten Integrationsbestrebungen, die jedoch ein bestimmtes Maß an *good governance* voraussetzen, um die Vorzüge nutzensteigernder Kooperation zu vermitteln. Wenn allerdings die *governance*-Werte, wie für Fidschi gezeigt, zumindest verbesserungswürdig sind, trägt diese Tatsache ebenso wenig zu einer Problemlösung bei, wie die sich selbsterfüllende ethnische Exklusion, die ein nachhaltiges *land governance* im Sinne einer umfassenden gesamtstaatlichen Verantwortung aus dem Landeigentum zumindest stark erschwert.

Die Sinnordnung „vanua“ erschafft eine interpretierbare Realität, von der vor allem die traditionellen Eliten des Landes profitieren. Eine Modernisierung der *governance*-Strukturen Fidschis ist interessenabhängig und kaum gegen jene Eliten durchsetzbar, deren Macht und Einfluss von den traditionellen Strukturen getragen werden.

Der somit fehlende Blick für das staatliche Ganze, der sich kultureller Scheuklappen entledigt und nicht zwischen den Volksgruppen unterscheidet, bestimmt über das Symbol „Land“ aus Sicht vieler indigener Fidschianer auch ihr demokratisches Verständnis. So forderten Mitglieder der Taukei-Bewegung eine Aufteilung der Parlamentssitze anhand des Landbesitzes. Damit würden grundsätzlich über 80 % der Sitze an indigene Fidschianer fallen (vgl. Lal 2006: 212-213, 137). Angesichts derartiger Forderungen überrascht es kaum, dass die Indo-Fidschianer diesem enorm polarisierten Fidschi den Rücken zukehren (vgl. Davies 2005:47). Insgesamt, so Narayan und Prasad (2004: 14), verlassen aufgrund der politischen Instabilität und wegen demokratischer Defizite jährlich 5.000 gut ausgebildete Fidschianer – hauptsächlich Indo-Fidschianer, aber auch indigene Fidschianer – das Land. Es stellt sich die Frage, ob traditionelle Auffassungen von der Bedeutung von Land sowie Fidschis „traditionslastiges“ Staats- und Regierungssystem im 21. Jahrhundert noch adäquat erscheinen. Der offensichtliche politische und noch mehr der ökonomische Exodus, der durch jene traditionellen Ansichten befördert wird, lassen Alternativen bei der Beantwortung dieser Frage kaum mehr zu.

Bainimarama scheint dieses Problem erkannt zu haben. Obgleich er demokratische Grundsätze außer Kraft setzt, handelt er dennoch im Selbstverständnis einer „clean up campaign“. Sein Hauptargument gegen die Regierung lag offiziell in der Beendi-

gung von Korruption und Günstlingswirtschaft. Tatsächlich schickt er sich an, eben diese Missstände zu beseitigen. Trotz dieser faktisch positiven einzelnen Entwicklung wiegen die negativen Aspekte gleichfalls schwer, sei es durch die Unruhen im Land oder durch die internationalen Sanktionen. Darüber hinaus werden lediglich die Symptome angegangen. Das Hauptproblem Fidschis ist aber nach wie vor und trotz Bainimaramas Aktionismus vorhanden, indem traditionelle Regelungsmechanismen mit einer modernen Realität verknüpft sind. Im Zentrum dieses Konflikts steht symbolisch die reaktionäre Auffassung von Landeigentum und faktisch die Verteilung der Erträge aus dem Land. Solange dieser Interessengegensatz nicht nachhaltig gelöst ist, solange also die Kommunikation zwischen den Gruppen auf Exklusion und nicht auf Inklusion abzielt und solange die heilende Wirkung eines steigenden Gesamtnutzens durch Kooperation nicht ausreichend kommuniziert wird, wird ein friedliches Zusammenleben beider Volksgruppen in Fidschi zumindest erschwert. Es wäre deswegen dringend ratsam, nicht mehr von den beiden großen Volksgruppen zu sprechen, sondern nur noch von gleichberechtigten Bürgern Fidschis.

Literatur:

- Alley, Roderic (2001): „Fiji's Coups of 1987 and 2000: A Comparison“, in: *La Revue Juridique Polynésienne*, No. 7, Hors Série 2001, 217-234
- Ballard, Chris (1997): „It's the Land, Stupid! The Moral Economy or Resource Ownership in Papua New Guinea“, in: Peter Larmour (Hg.): *The Governance of Common Property in the Pacific Region*, Canberra, 47-65
- Barr, Kevin (2007): „Does Democracy Benefit People?“, in: *Fiji Sun* vom 03.04.2007, 2
- Bellwood, Peter (1987): *The Polynesians*, 2nd ed. 1987, London
- Bendt, Heinz (2006): *Militärputsch in Fidschi. Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungsarbeit Asien und Pazifik*, Berlin
- Benz, Arthur (2004): „Governance. Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?“, in: ders. (Hg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*, Wiesbaden, 11-28
- Chand, Satish/Clements, Michael A. (2008): *Skilled Emigration and Skill Creation: A Quasi-Experiment*, Canberra
- Chandrasekharan, S. (2004): *Fiji: A Military Coup averted?*, South Asia Analysis Group Papers No. 940, Noida
- Chandrasekharan, S. (2005): *Fiji: Heading Towards a Coup?*, South Asia Analysis Group Papers No. 1479, Noida
- Chandrasekharan, S. (2006): *Fiji: Army-Government Confrontation. It is still not too late for a Compromise*, South Asia Analysis Group Papers No. 2012, Noida
- Dakuvula, J. (1992): „Chiefs and Commoners: the Indigenous Dilemma“, in: D. Robbie (Hg.): *Tu Galala: Social Change in the Pacific*, Wellington, 70–79
- Davies, John E. (2005): „Ethnic Competition and the Forging of the Nation-State of Fiji“, in: *The Round Table – The Commonwealth Journal of International Affairs*, 94 (378) January 2005, 47-76
- Davis, Graham (2007): *The New Power Game*, www.fjitime.com/story.aspx?id=56756, 03.11.2011
- Deininger, Klaus/Enemark, Stig (2010): „Introduction: Land Governance and the Millennium Development Goals“, in: Klaus Deininger/Clarissa Augustinus/Stig Enemark/Paul Munro-Faure (Hgg.): *Innovations in Land Rights Recognition, Administration and Governance*, Joint Organizational Discussion Paper—Issue 2, World Bank Washington, 1-11
- Demele, Markus (2009): *Deutsche Unternehmensinvestitionen in afrikanischen Ländern*, Frankfurter Arbeitspapiere zur gesellschaftsethischen und sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 56, Frankfurt/Main

- Dickhardt, Michael (2003): „Räume in Fiji: Kulturelle Räumlichkeit aus der Perspektive ihrer Modi“, in: ders./Brigitta Hauser-Schäublin (Hgg.): *Kulturelle Räume - Räumliche Kultur*, Göttinger Studien zur Ethnologie Bd. 10, Münster, 171-220
- Dickhardt, Michael/Hauser-Schäublin, Brigitta (2003): „Eine Theorie kultureller Räumlichkeit als Deutungsrahmen“, in: dies. (Hgg.): *Kulturelle Räume - Räumliche Kultur*, Göttinger Studien zur Ethnologie Bd. 10, Münster, 43-88
- Dinnen, Sinclair (2002): „Winners and Losers: Politics and Disorder in the Solomon Islands 2000-2002“, in: *The Journal of Pacific History*, 37(3) 2002, 285-298
- Duncan, Ron (2004): *The Fiji Economy: Needing a better Investment Environment*, Paper zum „17th Australia Fiji Business Forum ‚Fiji and Australia: New Economy Partners‘“, 17.-19.10.2004, Cold Coast
- Etherington, Norman (1996): „The Gendering of Indirect Rule: Criminal Law and Colonial Fiji, 1875-1900“, in: *The Journal of Pacific History*, 31(1) 1996, 42-57
- Faust, Heiko (2006): „Fiji“, in: Werner Kreisel (Hg.): *Mythos Südsee - Länderprofile Ozeaniens zu Wirtschaft und Gesellschaft*, Hamburg, 38-44
- Fiji, Government of (2004): *Fiji Today 2004/2005*, Suva
- Fiji, Government of (2005): *Reconciliation, Tolerance and Unity Bill*, Suva
- Fraser, Ian (2002): „On Chaudhry v Qarase and Qarase v Chaudhry - and Law vs Order in the South Pacific“, in: *La Revue Juridique Polynésienne*, No. 8/2002, 115-150
- Fried, Morton H. (1967): *The Evolution of Political Society*, New York
- Gantzel, Klaus-Jürgen; Schwinghammer, Torsten (1995): *Die Kriege nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1992, Daten und Tendenzen*, Band 1, Münster
- Hersel, Philipp/v. Eichborn, Sebastian (2006): *Investoren als Entwicklungshelfer?*, Bonn/Berlin
- Herr, Richard (2007): „External Influences and the 2006 Fiji Military Coup“, in: *Harvard Asia Pacific Review*, 9(1) 2007, 10-13
- Holtz, Andreas (2010): „Australiens Rolle als regionale Führungsmacht im Pazifik“, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 14(2) 2010, 162-179
- ICJ (International Commission of Jurists) (2005): *Fiji: Legal, Submission on the Promotion of Reconciliation, Tolerance and Unity Bill 2005*, Genf
- Jachtenfuchs, Mark (2008): „Institutionelle Struktur und Governance in der EU“, in: Gunnar Folke Schuppert/Michael Zürn (Hgg.): *Governance in einer sich wandelnden Welt*, Wiesbaden, 383-400
- Kabutaulaka, Tarcisius Tara (2008): *Review of the Role and Dynamics of Land-Related Politics and Political Parties in Conflict and Conflict Escalation in the Pacific Islands*, Suva
- Kasper, Wolfgang (2001): *Towards Racial Harmony*, Issue Analysis No. 19, Sydney
- Kearney, Simon; Dodd, Mark (2006): *Coup Leaders Denied Access to Cash*, www.theaustralian.news.com.au/story/0,20867,20891322-2702,00.html, 03.11.2011
- Kelly, Rick (2006): *Fijian Military Regime Moves to Suppress any Opposition*, www.sws.org/articles/2006/dec2006/coup-d08.shtml, 03.11.2011
- Kevenhörster, Paul (2006): *Politikwissenschaft*, Bd. 2, Wiesbaden
- Kumar, Sunil (1997): „Institutionalised Racial Discrimination“, in: Ganesh Chand/Vijay Naidu (Hgg.): *Fiji: Coups, Crises, and Reconciliation 1987-1997*, Suva, 87-108
- Kurer, Oskar (2001): „Land and Politics in Fiji: of Failed Land Reforms and Coups“, in: *The Journal of Pacific History*, 36(3) 2001, 299-315
- Lal, Brij V. (1998): *Another Way: The Politics of Constitutional Reform in Post-Coup Fiji*, Canberra
- Lal, Brij V. (1999): „A Time to Change: The Fiji General Elections of 1999“, Regime Change and Regime Maintenance in Asia and the Pacific Discussion Paper No. 23, Canberra
- Lal, Brij V. (2003): „Heartbreak Islands: Reflections on Fiji in Transition“, in: „Asia Pacific Viewpoint“, 44(3) 2003, 335-350
- Lal, Brij V. (2006): „Islands of Turmoil: Elections and Politics in Fiji“, Canberra
- Lal, Brij V. (2007): „This Process of Political Readjustment: Aftermath of the 2006 Fiji Coup“, SSGM Discussion Paper 2007/2, Canberra
- Lal, Padma (2000): „Land, Lomé and the Fiji Sugar Industry“, in: Brij V. Lal (ed.): „Fiji: Before the Storm. Canberra“, 114-134
- Lal, Padma/Lim-Applegate, H./Reddy, Mahendra (2001): *ALTA or NLTA? What's in the Name? Land Tenure Dilemma and the Fiji Sugar Industry*, Working Paper No. 46/September 2001, Land Tenure Center, University of Wisconsin, Madison
- Lal, Victor (2005): *Fiji: Amnesty Breaches Constitution*, South Asia Analysis Group Papers No. 1483, Noida
- Lawson, Stephanie (1991): *The Failure of Democratic Politics in Fiji*, Oxford

- Milne, R.S. (1981): *Politics in Ethnically Bipolar States: Guyana, Malaysia, Fiji*, Vancouver
- Mückler, Hermann (1997): *Taukei und Vulagi - Ursachen und politischer Instabilität in Fidschi. Kulturwandel, ethnische Konflikte und die Bedeutung des Häuptlingswesens*, Wien
- Mückler, Hermann (1999): „Land als Machtfaktor. Zwei Bevölkerungsgruppen zwischen Entspannung und Konfrontation“, in: Pazifik-Informationsstelle (Hg.): *Unser Land – unsere Seele. Pazifikstaaten und ihre Landrechte*, Neuendettelsau, 53-66
- Muir, Russell/Shen, Xiaofang (2005): „Land Markets. Promoting the Private Sector by Improving Access to Land“, Public Policy for the Private Sector Note No. 300, Washington
- Narayan, Paresh/Prasad, Biman C. (2003): „Fiji's Sugar, Tourism and Garment Industries: A Survey of Performance, Problems and Potentials“, in: *Fijian Studies*, 1(1) 2003, 3-27
- Narayan, Paresh/Prasad Biman C. (2004): „The Causal Nexus Between GDP, Democracy and Labour Force in Fiji: A Bootstrap Approach“, USPEC Working Paper No. 2004/1, Suva
- Nayacakalou, Rusiate (1985): *Leadership in Fiji*, Suva/Oxford
- Ostrom, Elinor (1990): *Governing the Commons - The Evolutions of Institutions of Collective Action*, Cambridge; dt. (1999): *Die Verfassung der Allmende: Jenseits von Staat und Markt*, Tübingen
- Ostrom, Elinor (2011): „Handeln statt Warten: Ein mehrstufiger Ansatz zur Bewältigung des Klimaproblems“, in: *Leviathan*, 39(3), September 2011, 447-458
- Prasad, Biman C. (1997): „Property Rights, Governance and Economic Development“, in: Ganesh Chand/Vijay Naidu (Hgg.): *Fiji: Coups, Crises, and Reconciliation*, Suva, 7-32
- Prasad, Biman C. (2002): „Structural Reforms, Political Instability and Economic Growth in Fiji: Sustainability in the Long Run“, in: *Development Bulletin*, Nr. 60, 79-82
- Prasad, Satendra (1999): „Confronting Neoliberalism: The Peoples Coalition Government in Fiji“, in: *Tok Blong Pasifik*, 53(1&2) 1999, 11-13
- Ravuvu, Aselesela (1995): *The Facade of Democracy: Fijian Struggles for Political Control 1830-1987*, 2nd ed. 1995, Suva
- Reddy, Mahendra/Prasad, Biman C./Sharma, Pramendra/Vosikata, Sunia/Duncan, Ron (2004): *Understanding Reform in Fiji*, Suva
- Robertson, Robert T./Tamanisau, Akosita (1988): *Fiji – Shattered Coups*, Suva
- Sahlins, Marshall D. (1958): *Social Stratification in Polynesia*, Seattle
- Sahlins, Marshall D. (1963): „Poor Man, Rich Man, Big Man, Chief: Political Types in Melanesia and Polynesia“, in: *Comparative Studies in Society and History*, 5(5) 1963, 285-303
- Sanday, Jim (1998): *UN Peacekeeping, UNIFIL and the Fijian Experience*, Strategic and Defence Studies Centre, Working Paper No. 320, Canberra
- Seibel, Hans Dieter (1978): „Die Entstehung von Macht und Reichtum“, in: *Das Argument*, Sonderband 32/1978, 101-116
- Schlenzig, Nora (2010): „Südpazifische Inseländer“, in: OAV (Hg.): *Wirtschaftshandbuch Asien Pazifik, Hamburg*, 469-484
- Shore, Bradd (1989): „Mana and Tapu“, in: Alan Howard/Robert Borofsky (Hgg.): *Developments in Polynesian Ethnology*, Honolulu, 137-174
- Sutherland, W. (1992): *Beyond the Politics of Race: An Alternative History of Fiji to 1992*, Canberra
- Thiery, Peter (2002): „Korrumpierte Regime. Strategien zur Bekämpfung von 'bad governance'“, in: *Internationale Politik*, 57(8) August 2002, 27-32
- Thomas, Nicolas (1990): „Sanitation and Seeing: The Creation of State Power in Early Colonial Fiji“, in: *Comparative Studies in Society and History*, 32(1) Jan. 1990, 149-170
- Toft, Monica Duffy (2002/3): „Invisible Territory, Geographic Concentration, and Ethnic War“, in: *Security Studies*, 12(2) 2002/3, 82-119
- Weltbank (2003): *Nachhaltige Entwicklung in einer dynamischen Welt. Institutionen, Wachstum und Lebensqualität verbessern*, Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Wilkinson, Marian (2000): „Mahogany Row“, in: *The Sydney Morning Herald* vom 27.05.2000, 41
- Wilson, Chris (2008): *Land and Conflict in the Pacific Region*, Suva
- Wolf, Marcus; Waibel, Michael (2010): „Fidschi-Inseln“, in: Andreas Dittmann/Wolfgang Gieler/Matthias Kowasch (Hgg.): *Die Außenpolitik der Staaten Ozeaniens*, Paderborn, 43-52
- World Bank (Hgg.) (2010): *Investing Across Borders 2010*, Washington

Internetverzeichnis

- www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/fj.html, (Aufruf: 3.11.2011)
- www.fijitimes.com/story.aspx?id=56756, (Aufruf: 3.11.2011)
- www.statsfiji.gov.fj, (Aufruf: 3.11.2011)

- [www.theage.com.au/ \(A\) = www.theage.com.au/news/WORLD/Fiji-PM-army-boss-heading-for-showdown/2006/10/28/1161749353466.html](http://www.theage.com.au/news/WORLD/Fiji-PM-army-boss-heading-for-showdown/2006/10/28/1161749353466.html), (Aufruf: 3.11.2011)
- [www.theage.com.au/ \(B\) = www.theage.com.au/news/WORLD/Fiji-army-chief-warns-of-bloodshed/2006/11/02/1162339949234.html](http://www.theage.com.au/news/WORLD/Fiji-army-chief-warns-of-bloodshed/2006/11/02/1162339949234.html), (Aufruf: 3.11.2011)
- www.theaustralian.news.com.au/story/0,20867,20891322-2702,00.html, (Aufruf: 3.11.2011)
- www.wsws.org/articles/2006/dec2006/coup-d08.shtml, (Aufruf: 3.11.2011)
- http://info.worldbank.org/governance/wgi/sc_country.asp, (Aufruf: 3.11.2011)